

STROM

Hinweis- papier

Plan-Ist-Abgleich zum Kapital-
kostenaufschlag Strom gemäß
§ 5 Abs. 1a ARegV



Bundesnetzagentur

**Hinweise
der Beschlusskammer 8 zum Antrag
auf Genehmigung des
Regulierungskontosaldos Strom
Hier: Plan-Ist-Abgleich zum
Kapitalkostenaufschlag Strom gemäß
§ 5 Abs. 1a ARegV**

Stand: Juni 2023

**Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen**

Beschlusskammer 8

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Tel.: +49 228 14-0

Fax: +49 228 14-8872

E-Mail: info@bnetza.de

1 Einleitung

Gemäß § 5 Abs. 1a ARegV ermitteln die Netzbetreiber bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Kalenderjahr folgt, für das der Kapitalkostenaufschlag genehmigt wurde, die Differenz aus dem genehmigten Kapitalkostenaufschlag nach § 10a ARegV und dem Kapitalkostenaufschlag, wie er sich bei der Berücksichtigung der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten ergibt. Die Differenz ist auf dem Regulierungskonto des Jahres, für das der Kapitalkostenaufschlag genehmigt wurde, zu verbuchen.

Gemäß § 5 Abs. 4 ARegV muss der Antrag Angaben zur Höhe der tatsächlich entstandenen Kapitalkosten der dem Kapitalkostenaufschlag nach § 10a ARegV zugrunde gelegten betriebsnotwendigen Anlagegüter enthalten. Hierzu gehören insbesondere Angaben zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten und die jeweils in Anwendung gebrachte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer nach Anlage 1 der Stromnetzentgeltverordnung. Diesem Zweck dient in erster Linie der Erhebungsbogen. Darüber hinaus sind die Netzbetreiber aufgefordert, insbesondere die nachfolgenden Punkte bei ihrer Antragstellung zum Regulierungskonto (Antrag jeweils zum 31.12. des Folgejahres) zu beachten und hierzu Angaben zu machen.

Im Zuge der erstmaligen Prüfung des Plan-Ist-Abgleichs im Regulierungskonto sind der Beschlusskammer verschiedene wiederkehrende Sachverhalte aufgefallen. Mit den nachfolgenden Hinweisen sollen diese Sachverhalte bereits im Vorfeld einheitlich kommuniziert werden. Die nachfolgende Auflistung ist nicht abschließend. Die Beschlusskammer behält sich ausdrücklich vor, gegebenenfalls ergänzende Ausführungen einzufordern.

2 Hinweise zum Antragsschreiben

2.1 Abweichung von den Hinweisen der Beschlusskammern 8 und 9 zum Kapitalkostenaufschlag

Bitte teilen Sie mit, ob Sie Angaben gemacht haben, die von den Anforderungen aus dem Hinweispapier zur Anpassung der Erlösobergrenze aufgrund eines Kapitalkostenaufschlags abweichen. Entsprechende Abweichungen sind zu erläutern.

Link zum Hinweispapier:

https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/BK08/BK8_04_InfoRundshr/42_Hinweise/Download/Hinweispapier_KKauf_Strom_Gas%202022.html?nn=909752

2.2 MsbG-Sachverhalte

Kosten, die dem grundzuständigen Messstellenbetreiber (gMSB) gemäß Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) zuzuordnen sind, sind nicht genehmigungsfähig (vgl. § 7 Abs. 2 MsbG).

Bitte bestätigen Sie ausdrücklich, dass die von Ihnen angegebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten (IST) nicht aus Investitionen resultieren, die ganz oder teilweise der Umsetzung der Marktrolle als grundzuständiger Messstellenbetreiber oder anderer vom Netzbetrieb abzugrenzender Aufgaben nach dem MSbG zuzuordnen sind.

2.3 Überleitung Anlagenspiegel / Erhebungsbogen

Der Abgleich mit dem Anlagenspiegel des Jahresabschlusses dient im Wesentlichen der Identifizierung und Plausibilisierung der von Ihnen angegebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten (IST). Sofern es in einer Anlagengruppe zu Abweichungen der von Ihnen angegebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten gegenüber dem handelsbilanziellen Ansatz um mehr als 3 Prozent kommt, bitten wir um Übersendung einer Überleitungsrechnung (Anlagenspiegel auf Erhebungsbogen) nebst ausführlichen Erläuterungen.

2.4 Umgang mit Nachaktivierungen

Die Beschlusskammer lässt Nachaktivierungen zu. Diese sind allerdings, abweichend von der handelsbilanziellen Praxis, kalkulatorisch im Jahr der Nachaktivierung zu verbuchen.

Bitte bestätigen Sie, dass Sie Nachaktivierungen entsprechend der Praxis der Beschlusskammer eingetragen haben. Wenn nicht, erläutern Sie bitte, wie Sie Nachaktivierungen verbucht haben.

2.5 Abweichungen im Mehrjahresvergleich

Auch der Mehrjahresvergleich dient der Identifizierung und Plausibilisierung der von Ihnen angegebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Werte, die den Durchschnitt der letzten Jahre (Basisjahr 2016 bis jeweiliges Antragsjahr) um mehr als 30 Prozent übersteigen, sind seitens der Antragstellerin zu erläutern. Dies gilt vor allem für Anlagengruppen, die nicht direkt dem Stromnetz zuzuordnen sind. Dazu gehören insbesondere folgende Anlagengruppen: Verwaltungsgebäude, Betriebsgebäude, Software, Hardware, Telefonleitungen, Leichtfahrzeuge und jegliche Anlagengruppen der Mess- und Steuerungstechnik.

2.6 Verwaltungs-/ Betriebsgebäude

Anschaffungs- und Herstellungskosten (IST) in den Anlagengruppen Verwaltungsgebäude und Betriebsgebäude, die den Durchschnitt der letzten Jahre (Basisjahr 2016 im Strom bis jeweiliges Antragsjahr) um mehr als 30 Prozent übersteigen, bedürfen gesonderten Erläuterungen.

Es ist ein Belegungsplan vorzulegen. Bitte teilen Sie in diesen Fällen die Anzahl der Beschäftigten mit, die für den Stromnetzbetrieb unmittelbar oder mittelbar Büro- oder Gemeinschaftsflächen im Verwaltungsgebäude in Anspruch nehmen. Grenzen Sie ebenfalls die Anzahl der Monteure ab.

Darüber hinaus bitten wir um Mitteilung, ob die diesbezüglichen Investitionen vom Verpächter und nicht von einem konzernverbundenen Dienstleister erbracht wurden. Investitionen des Dienstleisters sind im Rahmen des Kapitalkostenaufschlags gemäß der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht anerkennungsfähig.

In diesem Zusammenhang ist außerdem von Interesse, ob Sie Mieterträge erzielt haben. Diese sind anzugeben.

2.7 Telefonleitungen / Glasfaser (Mit-)Verlegung

Wenn Sie Anschaffungs- und Herstellungskosten (IST) aus Investitionen in Telekommunikationsinfrastruktur (Leerrohre, Glasfaser etc.) geltend machen, teilen Sie bitte mit, ob die Kommunikationsinfrastruktur zur Anbindung von intelligenten Messsystemen errichtet worden ist und inwieweit eine Mitnutzung durch Dritte (etwa TK-Anbieter, gMSB oder andere Sparten) erfolgte.

Sofern Sie die Investitionen aufgrund einer erwarteten Mitnutzung bereits selbstständig gekürzt haben, bitten wir um Mitteilung des sogenannten Mitnutzungsanteils.

Sofern Sie keinen Mitnutzungsanteil ermittelt haben, bitten wir um Mitteilung, inwieweit durch die Mitnutzung Erlöse generiert wurden. Teilen Sie die Höhe entsprechender Erlöse mit.

Darüber hinaus bitten wir um Mitteilung, inwieweit Sie Leerrohre verlegt haben und ob diese anlässlich eines ohnehin erforderlichen Bauvorhabens mitverlegt worden sind. Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang ebenfalls um Mitteilung, wie Sie die Leerrohre bereits nutzen oder konkret nutzen wollen.

2.8 Netzübergänge / Strukturänderungen

Netzübergänge und Strukturänderungen sind seitens des Netzbetreibers im Antragsschreiben anzuzeigen. Bitte übermitteln Sie in diesem Zusammenhang entsprechende Übergangsvereinbarungen.

Der Kapitalkostenaufschlag kann nur für Investitionen genehmigt werden, die nach dem Basisjahr getätigt wurden. Investitionen, die bis zum oder im Basisjahr getätigt wurden, sind Bestandteil der festgelegten Erlösobergrenze nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. §§ 32 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 ARegV. In Zusammenhang mit nach dem Basisjahr stattfindenden Netzübergängen bedeutet dies, dass die bis zum oder im Basisjahr aktivierten Anschaffungs- und Herstellungskosten, die den übergehenden Netzteil betreffen, gemäß den Vorschriften des § 26 ARegV auf den aufnehmenden Netzbetreiber übertragen werden.

Für alle Anschaffungs- und Herstellungskosten, die nach dem Basisjahr beim aufnehmenden Netzbetreiber aktiviert werden, kann dieser einen Antrag auf Genehmigung eines Kapitalkostenaufschlags stellen.

2.9 Wechsel zwischen Miete / Leasing und eigener Investition

Auch in der folgenden Konstellation und vergleichbaren Sachverhalten sind weitere Darlegungen erforderlich:

Im Basisjahr werden beispielsweise die Aufwendungen aus einem Leasing-Vertrag für Fahrzeuge anerkannt. Während der Regulierungsperiode wird der Leasing-Vertrag beendet und stattdessen werden Fahrzeuge gekauft. Deren Anschaffungs- und Herstellungskosten werden nun im KKAuf geltend gemacht.

Wir bitten um Mitteilung, inwieweit eine solche oder vergleichbare Konstellationen bei Ihnen aufgetreten sind bzw. auftreten werden. Bitte legen Sie dar, in welchem Umfang hierfür im Basisjahr Aufwendungen berücksichtigt worden sind.

3 Ergänzende Hinweise zum Ausfüllen des Erhebungsbogens

3.1 Anlagen im Bau und Grundstücke

Es muss sichergestellt sein, dass die Anlagen im Bau und Grundstücke im Erhebungsbogen korrekt eingetragen werden. Hierzu ist folgendes zu beachten:

Für die Grundstücke sowie die Anlagen im Bau gilt gemäß der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf der Ansatz eines Jahresanfangsbestands von Null im Rahmen der Mittelwertbildung (vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom

07.03.2019, VI-3 Kart 166/17 [V], S. 45 ff.). Wir gehen insofern davon aus, dass Sie Grundstücke und Anlagen im Bau im Erhebungsbogen dementsprechend eingetragen haben.

Bei der korrekten Eintragung der Anlagen im Bau in das Tabellenblatt „E8.c. KKauf_WAV“ sind weitere Besonderheiten zu beachten. Als Hilfestellung können hier die Ausfüllhinweise der Beschlusskammer für den Erhebungsbogen Strom im Tabellenblatt „Ausfüllhilfe“ (dort in Zelle C185 zum WAV) sowie das Tabellenblatt „Ausfüllbsp AiB“ dienen. Bitte stellen Sie in diesem Zusammenhang sicher, dass diese Ausfüllhinweise bei den Eintragungen im Tabellenblatt „E8.c. KKauf_WAV“ beachtet werden.

3.2 Baukostenzuschüsse, Netzanschlusskostenbeiträge und Investitionszuschüsse

Sofern in Pachtkonstellationen Baukostenzuschüsse, Netzanschlusskostenbeiträge und Investitionszuschüsse (BKZ/NAKB/IZ) vom Netzbetreiber erhoben werden, sind diese auch dort entsprechend kalkulatorisch zu berücksichtigen und so im Erhebungsbogen anzugeben. Eine anschließende Weiterleitung von BKZ/NAKB/IZ an Verpächterunternehmen hat keine Auswirkungen auf die Behandlung der BKZ/NAKB/IZ auf Ebene des Netzbetreibers. So wurde die Berücksichtigung von bilanziellen Passivposten im Rahmen der Ermittlung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung, die bei der Weiterleitung von BKZ/NAKB/IZ vom Netzbetreiber an Verpächterunternehmen sowohl beim Netzbetreiber als auch bei Verpächterunternehmen entstehen, gerichtlich bestätigt (OLG Düsseldorf, VI-3 Kart 796/19 [V]).

Impressum

Herausgeber

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Bezugsquelle | Ansprechpartner

Beschlusskammer 8

Tulpenfeld 4

53113 Bonn

Poststelle.bk8@bnetza.de

www.bundesnetzagentur.de

Tel. +49 228 14-0

Fax +49 228 14-5972

Stand




Juni 2023

Text

Beschlusskammer 8



www.bundesnetzagentur.de

-  twitter.com/BNetzA
-  social.bund.de/@bnetza
-  youtube.com/BNetzA